

Die Versorgung Wiens mit Zucker und Gemüse.

Als erster Punkt der Tagesordnung der letzten Sitzung der Approvisionierungssektion stand die Stellungnahme zu der Regelung der Zuckerfrage. Der Vorsitzende Vizebürgermeister Hof bemerkte, daß durch die Statthaltereiverordnung über die Festsetzung der Höchstpreise für Zucker eine Verhandlung eigentlich gegenstandslos sei; es lasse sich nichts mehr ändern und es bleibe nichts anderes übrig, als die Verordnung zur Kenntnis zu nehmen. Man könne nur konstatieren, daß die Bemühungen der Handelspolitischen Kommission, im Interesse der Konsumenten etwas zu erreichen, vergeblich gewesen sind. Es werde eine Eingabe an die Regierung gerichtet werden, dahingehend, daß bei Vermeidung einer etwaigen Zuckerknappheit der billige Zucker zuerst in den Verkehr gebracht werde; sollte es sich nicht vermeiden lassen, daß der billige und der teure Zucker gleichzeitig verkauft wird, so möge wenigstens der betreffende Zeitraum möglichst abgekürzt werden.

Bezüglich der Versorgung Wiens mit Gemüse bemerkt der Inspektor der Gartenbaugesellschaft Frolik, daß heuer bedeutend mehr Gemüse als in früheren Jahren produziert worden sei, dies wäre jedoch nicht zur Geltung gekommen, weil der Verbrauch ein ungleich größerer war, während die Zufuhren nach Wien sich stark verringerten. Als augenblickliche Maßnahmen regt er das Trocknen der Gemüse im Hause an, ferner eine strenge Kontrolle darüber, daß die Kleinhandelspreise gegenüber den Großpreisen nicht zu hoch sind und eine bessere Regelung der Zufuhren. Für die Zukunft müsse getrachtet werden, den Inlandsjüden stärker heranzuziehen und durch besseren Verkehr und durch Tarisbegünstigungen die Zufuhr auch aus entfernteren Gegenden zu erleichtern, ferner die Errichtung von Dörranstalten und Kühlhäusern.

Gemeinderat Kommerzialrat Partik erklärt sich gegen eine Uebernahmestelle. Der Gemüsemarkt, der auf die Zufuhren auch aus der weiteren Umgebung von Wien angewiesen sei, werde schlecht beschickt, weil der Eisenbahntransport jetzt mehrere Tage benötigt. Er verspreche sich auch keinen Vorteil von dem Gemüseverkauf mittelst Karren, da durch die hohen Fuhrwerkskosten ein solcher Betrieb unrentabel sei.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hof stellt fest, daß ein Gemüseverkehrl mit fahrbaren Karren erwünscht sei und im Sinne dieser Anregung die nötigen Schritte eingeleitet werden.